

Ressort: Finanzen

Union und SPD einigen sich auf Erbschaftsteuerreform

Berlin, 20.06.2016, 10:12 Uhr

GDN - Union und SPD haben sich auf eine Erbschaftsteuerreform geeinigt. Das teilte das Bundesfinanzministerium am Montag mit.

Die Einigung sieht unter anderem vor, dass Firmenerben weiter von der Erbschaftsteuer weitgehend befreit bleiben, wenn sie das Unternehmen fortführen und Arbeitsplätze erhalten. Ab einem begünstigten Vermögen von 26 Millionen Euro pro Erwerber ist eine individuelle Verschonungsbedarfsprüfung oder alternativ ein Verschonungsabschlagsmodell vorgesehen. Diejenigen Mittel aus einem Erbe, die gemäß dem vorgefassten Willen des Erblassers innerhalb von zwei Jahren nach seinem Tod für Investitionen in das Unternehmen getätigt werden, sollen steuerrechtlich begünstigt werden. Der Einigung müssen noch Bundestag und Bundesrat zustimmen. Dann soll das Gesetz rückwirkend zum 1. Juli 2016 in Kraft treten.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-74181/union-und-spd-einigen-sich-auf-erbschaftsteuerreform.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com